

## **Protokoll der Ratssitzung am 16.06.2012, 11.00 – 17.00 Uhr**

**Ort: Hannover, Pavillon**

**TeilnehmerInnen:** Ulrike Paschek, Roman Denter, Maria Luisa Werne, Roland Süß, Kerstin Sack, Laura Valentukeviciute, Hugo Braun, Hanni Gramann, Stephan Lindner, Tine Steininger, Andreas Beldowski, Bernhard Thomas, Andrea Vainqueur, Thomas Eberhardt-Köster, Lony Ackermann, Giuliana Giorgi, Kathrin Weber, Eckhard Rülke, Werner Rätz, Hermann Gendrisch, Stephanie Handtmann, Bruno Marcon, Jürgen Castendyk, Andreas Brendle, Karsten Peters, Martin Übelacker, Barbara-Sabine Platz, Jaime T.-Gonzales, Soroush Ebrahimi, Georg Frigger, Genoveva Brandenburger, Mike Nagler, Barbara Fuchs

Gastreferenten: Dagmar Paternoga, Till van Treeck

**Schwerpunktthema: “ Umverteilung ”**

### **Tagesordnung**

- 1. Begrüßung**
- 2. Krisenkritik von rechts**
- 3. Schwerpunktthema „Umverteilung“**
- 4. Rats-Mailingliste**
- 5. Berichte zu aktuellen und geplanten Kampagnen**
  - 5a) ESM**
  - 5b) Auswertung Blockupy**
  - 5c) 1. Europäische Bürgerbefragung im Bereich Wasser**
- 6. Globale Verschiebungen**
- 7. Kampagne Selbstermächtigender Volksentscheid**
- 8. Berichte (SoAk, Herbstratschlag)**
- 9. Organisatorisches**
- 10. Verschiedenes**

### **TOP 1 - Begrüßung**

Vorstellung und Verabschiedung der Tagesordnung  
*Moderation: Herrmann Gendrisch (Rats-VG)*

Ergänzung der TO:

Der Punkt „Krisenkritik von rechts“ wird auf Antrag von Roman ergänzt und als TOP2 behandelt.

### **TOP 2 - Krisenkritik von rechts**

Anlass zu dem TOP ist die Kundgebung am 8.6. in Berlin zum ESM, die u.a. von der Zivilen Koalition mit organisiert worden ist und an der ein Ratsmitglied als Rednerin teilgenommen hat.

Nach Informationen von Stephan und Karsten zur Zivilen Koalition, nach Schilderungen Tines über die vergeblichen Bemühungen verschiedener Attac-Gremien, Lony von ihrem Mitwirken an der Veranstaltung abzubringen, nach Gegendarstellung von Lony und einer ausführlichen Diskussion, stellt Roman den Antrag:

"Der Rat stellt fest, dass die Ratsmitgliedschaft und die ATTAC-Mitgliedschaft von Lony Ackermann erloschen ist, weil sie den grundlegenden Konsens über das ATTAC-Selbstverständnis verlassen hat, dass es für "Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus und verwandte Ideologien in ATTAC keinen Platz gibt."

Sie hat als Rednerin auf der Demonstration der rechtslastigen "Zivilen Koalition" am 08. Juni in Berlin Menschen mit rassistischen, antisemitischen, fremdenfeindlichen und chauvinistischen Positionen zum Eintritt in ATTAC aufgefordert. Sie hat nicht klar und unmissverständlich erklärt, dass sie sich von ihrem Auftritt distanziert und dass sich so etwas nicht wiederholen wird."

Da es sich um eine Personalfrage handelt, wird der Antrag nach dem Mehrheitsprinzip zur Abstimmung gestellt und mit 19 Ja-, 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

Nach einer kurzen Pause wird die Sitzung ohne Lony fortgesetzt.

### **TOP 3 - Schwerpunktthema: " Umverteilung "**

*Moderation: Kathrin Weber (Rats-VG)*

**Referat: Till van Treeck** (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung/Teil der Hans Böckler Stiftung) zum Thema „ Ungleichheit als Krisenursache?“

T. benennt als eine zentrale Ursache der Krise die Zunahme der Einkommensungleichheit in vielen Industrieländern. Wirtschaftswachstum in den USA sei dennoch dadurch möglich gewesen, dass viele Privathaushalte auf stagnierende Realeinkommen mit schuldenfinanziertem Konsum reagiert haben. In Deutschland dagegen haben die schwache Lohnentwicklung und sozialpolitische Einschnitte zu Konsumverzicht und zum Sparen geführt; Wirtschaftswachstum bei einer anhaltenden binnenwirtschaftlichen Wachstumsschwäche sei durch die Exportorientierung der Wirtschaft entstanden. Beide Wachstumsmodelle (private Verschuldung / Exporte) seien an ihre Grenzen gelangt. Ein Richtungswechsel in der Verteilungspolitik sei notwendig.

Literaturhinweis z.B.: Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III) Die Rolle der Ungleichheit. IMK Report, Nr. 41, September 2009.  
[http://www.boeckler.de/imk\\_6456.htm?produkt=HBS-004487](http://www.boeckler.de/imk_6456.htm?produkt=HBS-004487)

**Referat: Dagmar Paternoga** (AG Genug für Alle und weitere Attac-AGn)

Dagmar verweist auf den „Bericht zur Globalen Vermögensverteilung“. Bereits in der Erklärung des Attac-Ratschlags Düsseldorf I (Okt. 2008 „Das Finanz-Casino schließen“) sei festgestellt worden, dass eine grundsätzliche Alternative zum derzeitigen Wirtschaftssystem notwendig sei.

Gesellschaftlicher Reichtum liege in zweierlei Form vor: Als Realkapital und als Investition, die Rendite erzeuge. Die erwünschten Gewinne würden aktuell erzielt durch die In-Wert-Setzung aller Lebensbereiche; auch würden Wachstumsanreize gesetzt oder grünes Wachstum propagiert. Das erzeuge Überproduktion und neue Möglichkeiten der Kapitalanlage.

In der gegenwärtigen Krise solle Attac als Akteur in der Suche nach ökologischen und nachhaltigen Lösungen nicht nachlassen. Die Forderungen zu Umverteilung von Vermögen müssen sich in Bündnis- und eigener Kampagnenarbeit in Richtung einer Politik bewegen, die sich an den Bedürfnissen der Menschen an Gütern und Dienstleistungen orientiere:

Ablehnung jeder Politik, die nur dem Erhalt des bestehenden Systems gelte; Ablehnung jeder destruktiven Technologie (Atomkraft, Gentechnik...); Schuldenschnitt für die Länder in der Krise (GR...); Förderung öffentlicher Daseinsvorsorge sowie Abschaffung der Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme, bäuerlicher Landwirtschaft; Basic food income (Mindesteinkommen gegen den Hunger) im Süden, Mindestlöhne im Norden.

**Referat: Bruno Marcon** (PG Umverteilen)

Es gebe umfangreiches Datenmaterial über den globalen Reichtum und dessen Verteilung.

(Studie Credit Suisse, Quelle: Powerpoint Bruno Marcon), Angaben von Boston Consulting Group Report 2011, Daten des DIW), jedoch kein Datenmaterial, das die Vermögen und Einkommen des oberen 1% abbilde, weil diese Daten nicht abgefragt werden.

Für Attac bilde Düsseldorf II (Nov.2009 Fortschreibung der Attac-Erklärung) die Arbeitsgrundlage zur Umverteilungsfrage.

Der Ratschlag habe am 25. März 2012 in Jena beschlossen, eine Abgabe auf Vermögen (VA) zu fordern und eine Kampagne zu machen. Für Attac sei es wichtig, dass der internationale Zusammenhang hergestellt werde, daher auch die Forderung einer europaweiten Abgabe. Eine Vermögenssteuer sei ebenfalls wichtig. Die Vermögensabgabe sei keine Abgabe zur Steigerung des Wachstums, sondern eine Abgabe, um strukturelle Maßnahmen zu finanzieren.

Forderung: progressive Vermögensabgabe von 20 – 80% , Freigrenze bei 1 Million €.

Träger der Kampagne Umfairteilen: ein breites gesellschaftliches Bündnis. Materialien: Flyer. Erster Höhepunkt der Kampagne: Aktionstag am 29. September . Bündnistreffen im August. Dauer der Kampagne: bis zu den Wahlen 2013, danach solle die Vermögenssteuer thematisiert werden. <http://umfairteilen.de/>

Aus der Diskussion:

Die Ungleichverteilung habe in D nicht erst 2005 mit der Einführung von Harz IV begonnen, sondern

u.a. mit der Steuerreform 2000, Rentenreform 2001 mit Riester-Rente.

Dem Attac-Netzwerk EAN sei in Oslo die Vermögenskampagne vorgestellt worden mit dem Wunsch einer europäisch koordinierten Kampagne. Das EAN habe sich auf einen thematischen Dreiklang geeinigt, zu dem gemeinsam gearbeitet werden solle; die Vermögensabgabe sei ein Teil davon.

Eine Lösung der Verteilungsschieflage sei unbedingt notwendig. Das langfristige Ziel sei die Überwindung des Wachstumszwangs durch eine höhere Gleichverteilung der Vermögen. Verschuldungskrise in Europa auf der einen Seite bedeute Vermögenskrise (zu hohe Vermögen) auf der anderen Seite.

Die Vermögensabgabe als Lösung für das Gesamtproblem der Ungleichverteilung sei zu kurz gegriffen, da sie sich auf Personen beziehe; das Problem Umverteilung von privaten Schulden in öffentliche Schulden könne sie nicht lösen.

Umverteilung von Vermögen sei Bestandteil eines größeren Projekts, die Kampagne für Vermögensumverteilung in einem größeren Zusammenhang eingebettet. Es müsse auf den Umstand aufmerksam gemacht werden, dass Schulden gleich Vermögen sind. Die VA müsse in die bestehenden Forderungen von Attac integriert und in den Kontext Globalisierung gestellt sein, es sei eine „Komettforderung“.

In Deutschland lasse sich eine Koppelung mit der öffentlichen Schulden-Diskussion herstellen. Die Kampagne solle vor Ort fokussiert sein: „Wir wollen eine VA, weil wir Schulen bauen wollen.“

Kommunen und Vertreter der kommunalen Verbände dafür zu gewinnen, sei möglich. Wir sollten europäisch und international denken und entsprechende Bündnis-Partner ins Boot holen.

Übersehen werde, dass im Kapitalismus Investitionsentscheidungen ausschließlich nach dem Kriterium der Gewinnmaximierung gefällt werden. Es sei absolut notwendig, die Frage der ‚Investitionen für die Bedürfnisbefriedigung‘ in den Mittelpunkt zu stellen. Ein Eigentumsschnitt gehöre dazu, die Finanzierung von öffentlicher Infrastruktur über Umlagesysteme ebenfalls. Ein Teil des gesellschaftlichen Reichtums stehe durch Umlagesysteme nicht mehr den Finanzmärkten zur Verfügung, so dass Umlagesysteme die kapitalistische Mechanik verändern. Es gehe um Daseinsvorsorge, dann stehe Kapital den Finanzmärkten nicht mehr zur Verfügung. Außerdem seien andere Sichtweisen und Instrumente notwendig, da der Zusammenhang von Arbeitszeitverkürzung und Ökologie überbewertet sei.

Hinweis auf GG 106.

Die Vermögensabgabe sei kein Allheilmittel. Solange sich die Produktionsmittel in privatem Eigentum befänden, werden Vermögen angehäuft, deshalb müsse die Eigentumsfrage mit eingebracht werden.

Es müsse klar gemacht werden, wer mit der VA gemeint sei, nicht der besser verdienende VW-Mitarbeiter, sondern Millionäre.

Für eine VA jetzt spreche auch der Umstand, dass es ca. 10 Mio. Menschen in D gebe, die kaum mehr ‚Luft zum Atmen‘ haben, diese Situation sei ein riesiges Einfallstor für rechtsradikales Gedankengut.

Auf der SoAk gebe es ein 3-Tage Seminar zu Wachstumskritik.

Im Frühsommer 2013 solle in Berlin ein Umverteilungskongress stattfinden.

Folien gehen über den Verteiler.

*Moderation (ab 15.00 Uhr): Andreas Beldowski (Rats-VG)*

## TOP 4 - Rats-Mailingliste

Hermann Gendrisch beantragt, dass der Rat die bestehenden Beschlüsse weiterhin umsetzt; d.h. dass die Ratsliste eine geschlossene Liste für aktuelle Ratsmitglieder ist. Dennoch stehen die MitarbeiterInnen des Bundesbüros ebenso wie die SiG-RedakteurInnen auf der Ratsliste.

*Antrag bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung (bei 27 Anwesenden) angenommen.*

## TOP 5 - Berichte zu aktuellen und geplanten Kampagnen

### 5a) ESM (Input: Giuliana), Fiskalpakt (Input: Werner)

Giuliana zitiert aus einem Text vom CADTM (Committee for the Abolition of Third World Debt) zum ESM, in dem das Fazit gezogen wird: „Das Europa der Finanzen benutzt die Krise und die Verschuldung der Staaten, um die Macht zu ergreifen.“

Werner stellt fest, dass der ESM keine eigenständige Bedeutung habe, denn nur wer den Fiskalpakt unterschrieben habe, erhalte finanzielle Unterstützung. Die Kampagne gg. ESM in D werde geführt mit dem Argument: Geld in D behalten, gegen die schleichende Enteignung der deutschen Sparer.

Der ESM könne wieder beseitigt werden, der Fiskalpakt nicht, da er ein völkerrechtlich gültiger Vertrag sei und unabhängig vom Euro Bestand habe. <Stand 16.6.>

#### Aus der Diskussion:

Die Einschätzungen dazu, welches der wesentlichere Vertrag sei, gehen auseinander.

Es sei noch nicht gelungen, das Thema in die breite Öffentlichkeit zu bringen: 63% der Bundesbürger seien dafür.

Es solle nicht überlegt werden, ob Banken systemrelevant seien, sondern ob dieses System zu retten sei.

Diese autoritäre Form der Umsetzung sei zu kritisieren. Der ESM sei eine Art Finanzausgleich zwischen Staaten. Dagegen sollte man keine Kampagne machen.

Attac sei nicht einverstanden mit dem ESM, momentan lassen wir eine Lücke in der Öffentlichkeit. Das Thema werde anderen überlassen.

Man müsse sich von den rechten Geschichten, "unser Geld bleibt hier" stark abgrenzen.

Der Fiskalpakt sage, man dürfe nicht mehr ausgeben als man habe, aber mit dem ESM werfen wir das Geld an die Banken hinaus.

Die Idee beim ESM sei nicht, dass die, die mehr erwirtschaften, es denen geben sollen, die weniger haben. Sondern ausschließlich die Garantie sämtlicher Geldanlagen im Euroraum. Diese unbedingte Garantie sei das Problem und das Ziel dahinter.

Mit diesen 2 Vertragswerken sei die Demokratie beerdigt.

ESM und Fiskalpakt seien die Weiterführung von PPP Projekten, Refeudalisierung und Geheimhaltung von Politik. Insbesondere in den Kommunen sei kein Spielraum mehr vorhanden.

ESM sei Konkursverschleppung, es entstehen illegitime Schulden. Im Rahmen einer Schuldenauditkampagne könnte das auch Thema sein.

Im Fiskalpakt greife die Schuldenbremse automatisch und sehr viel tiefer als die bereits im GG verankerte; Kommunalhaushalte und die Sozialversicherungen seien mit einzubeziehen, mit diesem System werde die Haushaltsgenehmigung komplett

nach Brüssel verlegt – so Barroso. Damit haben die Parlamente in Europa keine Entscheidungskompetenz mehr.

Fiskalpakt + ESM gehören zusammen. Das eine sei das Instrument des anderen. Das eine sei der politischer Rahmen, das andere das Instrument.

Begründung von Grünen und SPD, warum sie beiden Verträgen zustimmten, sei, dass sie sich mit einer Ablehnung ins politische Abseits manövrieren (BT-Wahlen 2013).

Die Kopplung von Fiskalpakt und FTI sei nicht gutzuheißen, da müsse eine ganz deutliche Aussage von Attac kommen.

Wichtig sei eine Kampagne gegen den Fiskalpakt, dazu gehöre auch die Kritik am ESM. Der Gesamtmechanismus, das ganze System sei zu kritisieren.

Eine Kampagne sei unbedingt notwendig. Sie sei aber nicht an ESM festzumachen, sondern am Gesamtmechanismus. Man müsse das System dahinter aufdecken und angehen.

Die Eurokrise AG trifft sich am 3. 7. im Büro Ffm.

Die ganze Ideologie, die dahinter stehe, sei anzugreifen.

Eine Verstärkung der jetzigen Minikampagne sei notwendig.

Weitere personelle Ressourcen seien notwendig. Web-Seite müsse ausgearbeitet werden.

Es gibt einen bestehenden Rahmen. Website Fiskalpakt stoppen + Karten.

Georg hält einen Workshop auf der Sommerakademie "Wege zu einem demokratischen Europa".

[http://www.fiskalpakt-stoppen.de/aktuell/eurokrise/fiskalpakt/?no\\_cache=1&L=2](http://www.fiskalpakt-stoppen.de/aktuell/eurokrise/fiskalpakt/?no_cache=1&L=2)

Für Do 21.6., sei eine Aktion vor dem Kanzleramt geplant, (Gespräch Merkel mit Fraktionsspitzen). Die ESM Abstimmung finde am 29. Juni statt.

Es werden keine konkreten Entscheidungen getroffen.

### **5b) Auswertung Blockupy** (Input: Roland Süß)

Der Konsens des Bündnisses habe gehalten, darauf könne aufgebaut werden. Mit der Demo am Sa

sei es gelungen, die Verbotsorgie zu durchbrechen. International habe die Mobilisierung hervorragend

geklappt, besonders in Frankreich; es habe einen großen internationalen Block gegeben. Die Mobilisierung in Deutschland sei schleppend verlaufen, obwohl die Maiaktivitäten für Attac das zentrale Event im 1. Halbjahr bildeten; das müsse ausführlich diskutiert werden. Nach außen sei das Signal geschickt worden, dass auch in D viele gegen diese Austeritätspolitik seien.

Am 24. 6. finde ein Auswertungstreffen des Bündnisses in Ffm. Statt. Für den Herbst werde überlegt, den inhaltlichen Teil der Aktionstage auf den öffentlichen Plätzen in Zelten oder unter freiem Himmel durchzuführen. Es werde einen Workshop zu Blockupy auf der SoAk geben.

Beim nächsten Rat sei eine Diskussion über das zukünftige Potential der Zusammenarbeit mit den anderen Spektren sinnvoll.

### **5c) 1. Europäische Bürgerbefragung im Bereich Wasser**

Am 21. Juni startet die 1. europäische Bürgerbefragung im Bereich Wasser. Augsburg zus. mit Berlin sind die zwei Städte in Deutschland, in denen das Thema brandaktuell ist. Attac ist dabei – Beschluss FAME in Marseille.

## TOP 6 - Globale Verschiebungen: <Input Kerstin Sack>

Global finden bemerkenswerte Machtverschiebungen statt und es entstehen neue Konfliktfelder.

Kerstin stellt einige Konstellationen vor:

**Blockfreie Bewegung:** Gründung 1955 Bandung, heute 120 Mitglieder, davon 53 aus Afrika, aus LA 26 Länder.

Forderungen: Friedliche Koexistenz, Abschaffung der Atomwaffen, Anerkennung der Souveränität, Demokratisierung der UNO.

**G77:** Erstes Treffen 1964 im Verlauf der UNCTAD; Eine antikoloniale Bewegung, die die Interessen des Südens gg. den Norden vertritt. Ziele: Bildung einer neuen WWO und Demokratisierung der UNO.

**OCS** /Organisation Kooperation von Shanghai: Russland, China und einige ehem. Sowjetrepubliken,

Beobachter: Indien, Pakistan und Iran.

**BRICS:** Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika, (2009) Ländern wirtschaftlich bedeutend, stellen 25% der Weltwirtschaft und 40% der Weltbevölkerung dar; Handel in den nationalen Währungen statt in Dollar, gemeinsame Bank beabsichtigt.

**Regionale Blöcke: UNASUR** (LA ohne Mittelamerika u. Karibik): Sie streben einen gemeinsamen Markt bis 2015 an und eine gem. Währung. Ziele: Kampf gg. Armut und Ungleichheit und gemeinsame Strategie gg. Krisen.

**CELAC** (2011): Bündnis aller amerikanischen Staaten außer USA und Kanada. Das Gegenkonzept zu OAS (Organisation aller Amerikanischen Staaten, außer Kuba) . CELAC wird von den USA als Kampfansage angesehen,

**ALBA:** Venezuela, Cuba, Bolivien, Nicaragua, Ecuador, versch. Karibische Inseln, zuerst auch Honduras, Syrien mit Beobachterstatus.

Celac und Alba spielen eine wichtige Rolle bei internationalen Diskussionen (bei Rio +20)

Ihre Strategie ist zu versuchen, gemeinsam mit sozialen Bewegungen die anderen unter Druck zu setzen. Eine andere Finanzmarkt-Architektur ist beabsichtigt. Mit der virtuellen Währung Sucre (Korb, Tauschgeschäfte) wird die Unabhängigkeit von Euro und Dollar angestrebt.

Doppelstrategie: eigene Interessen in internationalen Organisationen durchsetzen, andererseits eigene Institutionen aufbauen.

*Schlussfolgerungen:*

Der Einfluss der USA gehe in diesen Ländern zurück, Hauptinvestoren in LA seien China und Russland.

Die bedeutende Rolle des IWF nehme ab durch Süd-Süd-Kooperationen.

Eigene Finanzinstitutionen werden aufgebaut, die Demokratisierung internationaler Institutionen werde gefordert.

Diese Entwicklung werde von den Regierungen in EU teilweise nicht wahrgenommen.

Viele außereuropäische Ökonomen sagen einen Crash in EU und USA voraus. Regierungen der westlichen Industrieländer haben erfolglos versucht, im April das Mandat der UNCTAD drastisch zu beschneiden mit der Forderung, die UNCTAD solle

sich z.B. nicht mehr mit Fragen wie der globalen Finanzkrise, Entschuldung, usw. beschäftigen.

Konflikte um Hegemonie nehmen zu, Menschenrechte würden instrumentalisiert, um militärisch einzugreifen.

*Was bedeutet das für Attac?* Es seien positive Entwicklungen auch in unserem Interesse. Wir sollten die Forderungen dieser Länder unterstützen, bei allen Differenzen, die wir mit ihnen haben.

#### Aus der Diskussion:

Einfluss von China in LA sei wesentlich größer als der von der EU.

Es sei sinnvoll, mit sozialen Bewegungen anderer Ländern zu kooperieren. Problematisch sei die Kategorisierung von guten und schlechten Ländern.

Wichtig sei zu sehen, dass die Kräfteverhältnisse sich verschieben. Eine unilaterale Weltordnung existiere so nicht. Die Vorstellungen, dass es Regierungen in LA gäbe, die sich mit soz. Bewegungen solidarisieren, seien falsch. Es gebe mehrere Konflikte zwischen Bewegungen und Regierungen.

### **TOP 7 - Kampagne Selbstermächtigender Volksentscheid wird vertagt**

### **TOP 8 - Berichte**

*Sommerakademie:* siehe <http://www.attac.de/aktuell/soak/?L=2>

*Herbststratschlag:* Termin 2.-4. November in Köln-Chorweiler in der Waldorfschule

Zur Vorbereitungsgruppe gehören bislang: Jaime Gonzales, Thomas Schulz, Werner Langefeld,

Ulrike Paschek, Hanni Gramann, Andrea Vainqueur

eingeschränkt: Franz Eschbach, Katrin Weber, Stephan Lindner

### **TOP 9 - Organisatorisches**

#### ***Anerkennung der AG Privatisierung:***

Die Anerkennung wird beschlossen.

***Anerkennung AG Wachstumskritik:*** wird vertagt

#### ***Bestätigung der AG Genug für Alle:***

Die AG wird bestätigt. Eingeladen wird zum BGE Kongress vom 14.-16. September in Ottobrunn.

### **TOP 10 - Verschiedenes:**

#### ***Aktuelle Lage in Griechenland***

Stephan fährt im Juli erneut nach GR, er steht danach für Veranstaltungen als Referent zur Verfügung. Es sei wichtig, Solidarität mit Griechenland zu bekunden, Gäste aus Griechenland nach D. einzuladen.

Nicht behandelte Punkte werden auf die nächste Ratssitzung am 08.09.12 im DGB Haus, Ffm. vertagt.

**Ende: 17:04 Uhr**

Protokoll: Bernhard + Giuliana, überarbeitet von Hanni und Kathrin  
(letzte Änderung: 31.08.2012)